

Medienmitteilung

Thema	GLP kritisiert in ihrer Vernehmlassungsantwort das Vorgehen zur Sanierung der städtischen Pensionskasse
Für Rückfragen	Michael Zeugin (Gemeinderat Grünliberale) Mobile 079 962 32 75, E-Mail michael.zeugin@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei der Stadt Winterthur, Postfach 1830, 8401 Winterthur www.winterthur.grunliberale.ch
Datum	Donnerstag, 26. Januar 2012

Grünliberale kritisieren Verzögerungstaktik des Stadtrats bei Sanierung und Verselbständigung der Pensionskasse

Der Vorstand der Grünliberalen Partei der Stadt Winterthur sowie die Gemeinderatsfraktion haben gestern ihre Stellungnahmen zu den geplanten Statutenänderungen der städtischen Pensionskasse verabschiedet. Sie kritisieren, dass der Stadtrat die dringend nötigen Sanierungsmassnahmen sowie die Verselbständigung der Kasse auf die lange Bank schiebt. Zur Debatte stehen in der präsentierten Vorlage einzig „formelle“ Anpassungen der Statuten. Bei genauer Analyse der Änderungen zeigt sich gar, dass Leistungsverbesserungen vorgesehen sind – angesichts der Deckungslücke von CHF 200 Mio. eine Undenkbarkeit. Die Grünliberalen fordern vom Stadtrat eine Streichung dieser Leistungsverbesserungen und ein sofortiges Anpacken der eigentlichen Sanierung und Verselbständigung der Pensionskasse.

Mit Schreiben vom 2. November 2011 hat der Stadtrat zur Vernehmlassung bezüglich der geplanten Teilrevision der Statuten der Pensionskasse der Stadt Winterthur eingeladen.

Bei der Vorlage handelt es sich um die erste von mehreren geplanten Teilrevisionen. Sie konzentriert sich auf formelle Anpassungen und klammert Massnahmen weitgehend aus, die im Zusammenhang mit der Verselbständigung oder der Sanierung der Pensionskasse stehen. Mit diesem Vorgehen werden die materiellen Reformen (Sanierung und Verselbständigung) in der Priorität nach hinten verschoben. Die Grünliberale Partei ist der Ansicht, dass ein umgekehrtes Vorgehen aus folgenden Gründen weit zielführender gewesen wäre:

- **Laufende Vergrößerung der Deckungslücke:** Mit dem Aufschub von Sanierung und Verselbständigung vergrössert sich die Deckungslücke der Pensionskasse laufend. Bereits heute beträgt sie rund 200 Millionen Franken (Aussage des Stadtrats anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 7.11.2011). Mit jeder Pensionierung wird die Deckungslücke infolge des zu hohen Umwandlungssatzes grösser und es erfolgt eine Umverteilung von Jung zu Alt, was nicht im Sinne der zweiten Säule ist. Hinzu kommt, dass die erhobenen Risikobeiträge die Risikokosten nicht decken (Vernehmlassungsbericht, Abschnitt 4.1.7). Damit wird das Vorsorgevermögen zur Deckung der Risikokosten verwendet, wodurch sich die Deckungslücke weiter vergrössert.
- **Ungleichbehandlung der Versicherten:** Mit der aus Sicht der Grünliberalen Partei unglücklichen Priorisierung nimmt der Stadtrat in Kauf, dass die Pensionskasse der Stadt Winterthur längerfristig ihre eigentliche Kernfunktion nicht mehr wahrnehmen kann: die Sicherung des Lebensstandards nach der Pensionierung. Zukünftige Generationen werden von drastisch gekürzten Renten leben müssen. Vom Vorgehen des Stadtrats profitiert die kleine Gruppe derjenigen Versicherten, die kurz vor der Pensionierung stehen: Sie sollen ihre (überhöhten) Renten auf sicher haben und keinen Beitrag an die Sanierung leisten müssen. Dies, obwohl sie durch überhöhte Verzinsung ihrer Vorsorgekapitalien und von der generellen Lohnstruktur in der Stadtverwaltung bereits in der Vergangenheit profitiert haben. Diese Altersgruppe soll – der Vorlage entsprechend – auf Kosten künftiger Generationen übermässig besser gestellt werden. Damit ergreift der Stadtrat Partei für die Interessen dieser Minderheit. Die Grünliberale Partei macht den Stadtrat darauf aufmerksam, dass er in seiner Exekutivfunktion für das Gemeinwohl aller Winterthurerinnen und Winterthurer und aller Versicherten der Pensionskasse gleichermassen verantwortlich ist.

Die vorliegende Teilrevision der Statuten umfasst geringfügige Leistungsanpassungen, die gemäss Vernehmlassungsbericht „keine zusätzlichen Kosten“ verursachen. Aufgrund der abgegebenen Unterlagen kann derzeit nicht beurteilt werden, ob dies über die gesamte Teilrevision betrachtet stimmt. Zwei Punkte erachtet die Grünliberale Partei indessen als sehr unglücklich:

- **Leistungsverbesserungen als falsches Signal:** In einzelnen Punkten enthält der Statutenentwurf klare Leistungsverbesserungen (z.B. Todesfallkapital, Partnerrente). Die Grünliberalen erachten dies als falsches Signal: Auf die Versicherten, die Stadtkasse und letztlich auf die Steuerzahler kommen massive Sanierungskosten zu. Gleichzeitig weitet die Pensionskasse ihre Leistungen unter dem Druck einzelner Interessengruppen sogar noch aus. Dies erachtet die Grünliberale Partei als unzumutbar und unhaltbar. Entweder müssen diese Leistungsausweitungen bei der nächsten Revision in einem bis zwei Jahren wieder rückgängig gemacht werden. Oder andernfalls handelt es sich um eine offenkundige Ungleichbehandlung einzelner Interessengruppen.
- **Risikobeiträge sind nicht kostendeckend:** Hinzu kommt, dass die heute erhobenen Risikobeiträge die Risikokosten nicht decken. Oder anders formuliert: Auch wenn keine Leistungsausweitung erfolgt, ist die Pensionskasse noch nicht im Gleichgewicht. Obwohl an diversen Leistungen geschraubt wird (v.a. im Risikoteil der Pensionskasse), lässt der Stadtrat Möglichkeiten zur Leistungsanpassung, die das finanzielle Gleichgewicht der Pensionskasse stärken würden, ungenutzt verstreichen.

Zusammenfassend erachten die Grünliberalen die unglückliche Priorisierung (formelle Anpassungen vor Sanierung und Verselbständigung) sowie die Einführung von punktuellen Leistungsverbesserungen aus Sicht des Gemeinwohls als unhaltbar und angesichts der desolaten finanziellen Lage der Pensionskasse nicht angemessen.

Die Grünliberale Partei der Stadt Winterthur lehnt deshalb im Rahmen der vorliegenden Vernehmlassung alle Änderungen ab, welche das Defizit der Pensionskasse weiter erhöhen (Leistungserhöhungen). Im Sinne der Nachhaltigkeit ist hingegen allen Massnahmen zuzustimmen, welche zu einer Verbesserung des finanziellen Gleichgewichts der Pensionskasse führen. Vom Stadtrat erwarten die Grünliberalen, dass er diese Verantwortung unaufgefordert wahrnimmt.

Über die Grünliberalen

Die Grünliberale Partei der Stadt Winterthur wurde am 31. Oktober 2005 gegründet und steht für eine nachhaltige und lösungsorientierte Politik ein. Die Grünliberalen stellen in der Stadt Winterthur einen Kantonsrat sowie sechs Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Bei den Winterthurer Gemeinderatswahlen vom 7. März 2010 erreichte die Grünliberale Partei einen Wähleranteil von 9.9%.